



Sabine Schiffer

Die weiße Weste der Demokratie

Aussicht(en) auf die Kriege von morgen

*In „Verteidigungs“-
und Sicherheitsfragen
überschreiten Bundeswehr
und Bundesregierung
die Grenzen der
Verfassung immer weiter.*

*Die Bürger werden
rhetorisch ruhig gestellt.*

*Doch nicht alle lassen
sich von der polemisch
geschickten, aber jeglicher
Grundlage entbehrenden
Argumentation, die
sich perfiderweise
auf Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit beruft,
einlullen. Mittlerweile
werden selbst innerhalb der
Bundeswehr immer öfter
kritische Stimmen laut.*

Kritische Offiziere des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“ erhoben den Vorwurf, beim Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge handle es sich um eine Täuschung. Die Tornados sollten über eine bloße Aufklärung hinaus eingesetzt werden. Ein Vertreter des Arbeitskreises, Oberstleutnant Jürgen Rose, für die logistische Unterstützung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr zuständig, bat aus diesem Grund auch darum, ihn von allen weiteren Aufträgen im Zusammenhang mit der „Operation Enduring Freedom“ zu entbinden. Er könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, den Einsatz der Tornado-Aufklärungsflugzeuge in Afghanistan in irgendeiner Form zu unterstützen und damit Recht zu brechen.

Seinem Einwand wurde stattgegeben und er wurde an eine Stelle versetzt, an der er diesem Einsatz nicht zuarbeiten muss. Soweit die weit verbreitete offizielle Version – und die Fakten stimmen auch. Und immerhin wird auch berichtet, dass er aus Gewissensgründen im Zusammenhang mit dem völkerrechts- und damit verfassungswidrigen Tornado-Einsatz in Afghanistan seinen Dienst verweigert hat. Die aktuelle Medienberichterstattung verschweigt jedoch das Wesentliche bei der Vermeldung der Befehlsverweigerung durch Oberstleutnant Jürgen Rose.

Hört und liest man Roses Ausführungen zum Thema, erschließt sich nämlich ein viel komplexeres Bild. Der Angriff auf unsere Rechtsordnung wird allzu deutlich und dies sollte uns beunruhigen. Um die Dimension dessen zu erfassen, was hier vor sich geht,

sollte man unter anderem das Weißbuch der Bundeswehr von 2006 lesen, das einem Erschreckendes offenbart, wenn man die Neusprechparolen wie „internationale Verantwortung“ als Ersatz für „militärische Intervention“ oder den „Einsatz von Waffengewalt im Rahmen gemeinsamer vernetzter Operationen hoher Kampfintensität“, was schlicht „Krieg“ bedeutet, durchschaut. Dass Krieg schon lange mit dem Begriff „Verteidigung“ oder „Reaktion/Response“ umschrieben wird, dürfte schon aufgefallen sein. Erst im Vergleich zu früher geltenden Texten wird die Tragweite der Änderungsversuche in Bezug auf das bundesrepublikanische Verständnis von Recht und (Welt)-Ordnung deutlich.

Mit dem Appell ans Pflicht- und Verantwortungsgefühl der Bundesbürger und besonders der Bundeswehrehörigen werden regionale Krisen als „globale Herausforderung“ beschworen – natürlich nicht alle. Ganz nebenbei soll gar der „freie und ungehinderte Welthandel“ mit militärischen Mitteln abgesichert werden. Überhaupt hat man den Eindruck, dass eine Gestaltung der Welt vor allem durch die Bundeswehr erfolgen soll. Wenn das Sicherheitsdenken globalisiert wird, dann ist jegliches Militär ebenso global einsetzbar – wie man dies dann mit dem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr verknüpft, ist die spannende Frage. In der jüngsten Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass der Nato-Bündnisfall über das Einhalten des Völkerrechts gestellt wurde, und das ist verfassungswidrig. Im Sinne des Grundgesetzes wäre es gewesen, nicht US-Basen im Rahmen

TIEFER GEBLICHT



BILD: BUNDESWEHR

der Irak-Invasion zu bewachen, sondern diesen den Arbeitseinsatz zu untersagen. Hier ist ein Rechtsbruch passiert, für den die Verantwortlichen vor das Kriegsgericht müssten.

Wie man zudem anhand der Torna-doentscheidung sehen kann, scheint es zu gelingen, dass die „Verteidigung“ Deutschlands bzw. deutscher Interessen auch weitab unserer Grenzen erfolgen kann – wenn wir Bürger uns nicht wehren.

Doch es regt sich Widerstand und das ist allernötigst, sind wir doch als Demokraten direkt verantwortlich für die Entscheidungen unserer politischen Vertreter – auch und gerade, wenn sie anders entscheiden, als die Mehrheit es will. Hier stimmt etwas nicht im System. Aber nicht nur in der Zivilbevölkerung regt sich Widerstand. Auch Angehörige des Militärs durchschauen zunehmend die Pläne, die man mit ihnen hat und zu deren Zweck sie nicht den Militärdienst angetreten haben. Florian Pfaff und Jürgen Rose sind prominente Vertreter einer gar nicht so kleinen Gruppe von Armeeingehörigen, die sich völkerrechts- und damit grundgesetzwidrigen Kriegseinsätzen entziehen. Aber sie sind die einzigen, die es öffentlich bekennen, und das ist wichtig. Damit geben sie ein deutliches Signal, denn es ist gar die Pflicht eines jeden Soldaten, die Rechtsgrundsätze zu prüfen, nach denen er zum Kriegseinsatz verpflichtet werden soll. Auf Grund der Gewissensfreiheit kann sich keiner unter Berufung auf schlichte Befehlsausführung der Verantwortung entziehen. Wie bereits angedeutet, hätten alle, die US-Militärbasen wäh-

In der jüngsten Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, dass der Nato-Bündnisfall über das Einhalten des Völkerrechts gestellt wurde und das ist verfassungswidrig

rend der Irak-Invasion bewacht haben, den Dienst verweigern müssen, denn es handelte sich dabei um Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Einsatz, der auch nicht durch ein UNO-Mandat gedeckt war. Alle Diensttuenden haben sich hier schuldig gemacht, ebenso wie die damalige rot-grüne Bundesregierung.

Aber kommen wir noch einmal zurück auf das Weißbuch. Es ist wahrlich bedenklich, wenn der hochrangige Offizier Hans-Otto Bhudde davon spricht, dass „der Kampf ewig weiter gehen“ werde. So etwas wünscht sich ein Militärstratege von seinem Kaliber freilich, aber man muss nicht so dumm sein, es zu glauben.

Interessant ist auch die Entrechtung des Gegenübers, die man in der Geschichte immer wieder beobachten

konnte und die nun erneut in den Formulierungen im Weißbuch zum Ausdruck kommt. Da werden dem anderen menschliche Qualitäten und damit Rechtsgrundlagen abgesprochen, etwa weil er keiner Demokratie entstammt, welche – so könnte man die Aussagen von Generalinspekteur Wolfgang Schneiderhans deuten – das Recht auf Personenschutz und rechtsstaatliche Verhandlungen gepachtet hat. Demokratie ist per se gut, egal, was sie hervorbringt und unabhängig davon, ob sie für Recht und Gerechtigkeit sorgt. Argumentationslogisch ist jedes „undemokratische“ Gegenüber weniger wert und daher „präventiv“ statt „präemptiv“ bekämpfbar, wodurch man „es“ dann ohne klärendes Gerichtsverfahren einfach „liquidieren“ darf – ganz zivilisiert.

Rose erklärt in seinen Vorträgen, wie die Grenze zwischen Präemption (vgl. engl. *preemptive*) und Prävention durch eine geschickte Vermischung in der Sprache aufgelöst wird. Während nämlich Präemption eine Legitimation für ein militärisches Eingreifen darstellt, wenn ein Angriff zweifelsfrei und unmittelbar bevorsteht, bezieht sich der Begriff der Prävention auf eine Eventualität und ist wesentlich vager. Unter Prävention kann man alles subsumieren, also auch die Wahrscheinlichkeit, dass Venezuela eines Tages eine Atombombe haben könnte oder ähnliches. Ein „*preemptive strike*“ wäre in diesem potentiellen Fall Venezuelas jedoch keinesfalls erlaubt. Der dürfte – rein rechtlich gesehen – vonseiten des Iran stattfinden, wenn sich etwa im Persischen Golf und den Nachbarstaaten Truppen für



BILD: DPA

verheerenden Folgen bisheriger Kriege haben wie die uranverseuchten Landstriche im Kosovo oder die sinnlosen Toten an der Brücke in Vavarin, um nur zwei Beispiele zu nennen, lehnen sich dagegen nicht auf. Die Menschen vor Ort, die Betroffenen, durchschauen dagegen die strategischen Argumentationen, die sich von denen der offiziellen Kolonialzeit nicht so wirklich unterscheiden, und damit werden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unglaubliche Konzepte, die als imperiales Instrument angesehen werden.

Wir können nicht so tun, als wären die anderen von Natur aus aggressive, kopf- und herzlose Geschöpfe, die man (im Zweifelsfalle mit Waffengewalt) „zivilisieren“ müsse

Der Ausflug an den Hindukusch ist kein Spaziergang, sondern eine völkerrechtswidrige Invasion, die immer mehr legitimen Widerstand hervorruft. Wir können nicht so tun, als wären die anderen von Natur aus aggressive, kopf- und herzlose Geschöpfe, die man (im Zweifelsfalle mit Waffengewalt) „zivilisieren“ müsse. Aber wir können es erreichen, dass sie genau zu dem werden, was immer behauptet wurde: unversöhnliche Kämpfer, die nichts mehr zu verlieren haben und gemäß ihrer realen Ohnmacht noch so viel Schaden, wie irgend möglich, anzurichten trachten. Wir können hoffen, dass noch mehr Armeeangehörige diese Zusammenhänge erkennen. Auch in den USA geben die Proteste aus den Reihen verantwortlicher Militärs Hoffnung. ■

Mehr über das Weißbuch finden Sie auf der offiziellen Website des Bundesministeriums für Verteidigung unter <http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/sicherheitspolitik/grundlagen/weissbuch2006>

einen Angriff auf ihn zusammenziehen, wie dies ja aktuell der Fall ist. Die Gefahr eines Angriffs auf den Iran ist unabhängig davon, ob er wirklich über Nuklearkapazitäten zum Bau einer Atombombe verfügt, gegeben.

Ein Vorgehen, das einen präemptiven Eingriff rechtfertigen würde, ist aktuell übrigens weniger von den „Schurkenstaaten“ zu erwarten, als eher von ganz anderer Seite, nämlich den USA. Diese würden dann nach der US-Luftkriegsdoktrin nicht militärische Ziele, sondern zivile Infrastruktur zerstören, ganz so, wie wir es auf dem Balkan beobachten konnten. Ein solches Vorgehen erlaubt nämlich, eine Regierung langfristig in die Knie zu zwingen und Einfluss von außen

abzusichern. Da derlei rechtswidrige Einsätze aber von „Demokraten“ durchgeführt werden, ist ein Prozess vor dem Tribunal in Den Haag nicht zu erwarten. Im Falle der USA schon gar nicht, weil die US-Regierung geschickterweise die Anerkennung desselben nicht unterzeichnet hat.

Selbstbild und Fremdbild klaffen hier dermaßen eklatant auseinander, dass selbst dem idealistischsten Nationalisten auffallen muss, dass es mit der hochgelobten „interkulturellen Kompetenz von Bundeswehr oder anderen Armeen“ und mit der eigenen Zivilisation nicht so weit her ist. Doch die von der allseits les- und hörbaren Demokratierhetorik eingelullten Bürger, die auch keinen Einblick in die